

**1/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen**

## Liebe Freunde,

*es gibt kein Ereignis der jüngeren Parteigeschichte, das uns Christliche Demokraten so getroffen und aufgewühlt hat wie die Vorgänge in der Kieler Staatskanzlei. Was dort geschehen ist, entspricht nicht dem humanistischen Leitideal der Demokratie und der Christlich Demokratischen Union. Es geschah zwar nicht in der CDU, aber in der Regierungszentrale eines CDU-Ministerpräsidenten. Das bedrückt uns schwer. Es war gut und richtig, daß der Landesvorsitzende Gerhard Stoltenberg und der amtierende Ministerpräsident Henning Schwarz sich stellvertretend entschuldigt haben.*

*Die CDU muß Vertrauen wiedergewinnen. Gerade in einer Zeit des Umbruchs, die für viele einen Schwund an Zukunftsgewißheit und so auch wachsende Angst und Unsicherheiten mit sich bringt, ist eine politische Vertrauenskrise besonders bedrohlich für unser Land, weil sich die Zukunftsfähigkeit dieser Industriegesellschaft auf Vertrauen und Zuversicht der Menschen gründen muß. Und nur wer das Vertrauen der Menschen hat, kann in eine gute Zukunft führen.*

*Die Christlich Demokratische Union begnügt sich nicht damit, daß sie in der Regierungsverantwortung steht. Sie ist zur bestimmenden Kraft der deutschen Politik geworden, weil sie diskussionsfähig gewesen ist, Veränderungen in der Gesellschaft aufgegriffen und eine offene und reformfähige Politik betrieben hat.*

*Auf dem nächsten Bundesparteitag vom 13. bis 15. Juni 1988 wollen wir wichtige inhaltliche Diskussionen führen. Am ersten Tag werden wir die Außen- und Deutschlandpolitik diskutieren. Wir müssen unsere außen-, deutschland- und europapolitischen Ziele zwar nicht völlig neu definieren, aber in einer sich verändernden Welt müssen wir unsere konkreten Konzepte weiterentwickeln und modernisieren.*

*Am zweiten Tag des Parteitages werden wir die*

### HEUTE AKTUELL

● **Helmut Kohl**  
Wir sind für eine ehrliche Politik. Seite 4

● **Öffentlichkeitsarbeit**  
**Verteil-Materialien**  
**zur Steueroffensive**

**Das neue CDU extra**  
Eine 16seitige Zeitung, die allen CDU-Verbänden zur Verfügung steht.

**Das aktuelle Flugblatt**  
Mehr Geld in der Tasche.  
CDU – die Steuersenkungspartei.

Dazu die neueste Wandzeitung und eine Taschenbroschüre „10 Pluspunkte der Steuerreform“. Seite 20–24

● **Dokumentation**  
Steuerreform und Gemeindefinanzen. Grüner Teil

*Frage diskutieren: Wie sieht Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes in einer sich verändernden Gesellschaft aus? Das christliche Menschenbild gibt uns Maßstäbe zur Gestaltung der Zukunft. An diesen Maßstäben müssen wir unsere Politik messen und angesichts neuer Probleme auch neu formulieren.*

*Zur Vorbereitung dieser Diskussionen haben wir zwei Kommissionen eingesetzt. Die Mitglieder dieser beiden Kommissionen setzen sich zusammen aus Experten aus Wissenschaft und Praxis und aus der CDU.*

*Diese beiden Kommissionen unter meinem Vorsitz werden bis Mitte Februar Entwürfe erarbeiten. Diese Entwürfe werden im Februar an alle Parteigliederungen verschickt, so daß die Partei auf allen Ebenen die Möglichkeit hat, Stellung zu nehmen. Bis Anfang April sollen dann die Stellungnahmen der einzelnen Organisationen wieder bei der Bundesgeschäftsstelle eingehen. Der Bundesvorstand wird in einer Klausurtagung am 17. und 18. April die Vorschläge der Kommissionen und die Vorschläge der Partei diskutieren und jeweils zu den beiden verschiedenen Gebieten einen Leitantrag formulieren. Diese Leitanträge gehen sofort wieder an die Partei zurück und werden auf den antragsberechtigten Ebenen diskutiert. Die Anträge, die von der Partei zurückkommen, werden zusammen mit den Leitanträgen des Bundesvorstandes auf dem Parteitag Mitte Juni diskutiert und verabschiedet werden. So erreichen wir eine breit angelegte Diskussion in der Partei.*

*Ich bitte Sie, sowohl in der vorbereitenden Diskussionsphase wie in der Phase der Formulierung der Anträge das Gespräch zu den Themen des Parteitages innerhalb und außerhalb der Partei intensiv zu führen, Diskussionskreise anzuregen, dabei auch Experten außerhalb der Partei anzusprechen, und zu Parteitag und anderen Veranstaltungen der Partei die Bevölkerung einzuladen und sie auf diesen „offenen Parteitagen“ in die Meinungsbildung einzubeziehen. Die CDU wird nur dann die entscheidende Kraft der deutschen Politik bleiben, wenn sie auch in der Regierungsverantwortung ihre eigene unverwechselbare Identität behält, sich neuen Problemen stellt und Antworten formuliert, die Gültigkeit über den Tag hinaus haben. Ich bitte Sie, sich intensiv an der Diskussion der nächsten Monate zu beteiligen und die Politik der CDU für die 90er Jahre mitzuformulieren.*

*Heiner Geissler*

★

Diesen Brief des Generalsekretärs erhielten alle Landes-, Bezirks- und Kreisvorsitzende der CDU.

## **Rekord bei Forschungsausgaben**

Die Forschungsausgaben in der Bundesrepublik haben im vergangenen Jahr einen Rekord erreicht. Die gesamten Forschungsausgaben werden vom Bundesforschungsministerium auf 58 Milliarden DM geschätzt. Bemerkenswert daran sei vor allem, so heißt es im Ministerium, daß fast 62 Prozent der Ausgaben von der Wirtschaft finanziert worden sind.

# Wichtige Termine 1988 bis 1990

## Landtagswahlen 1988

20. März Baden-Württemberg  
8. Mai Schleswig-Holstein

## 36. Bundesparteitag 1988 Ablauf der Antragsberatungen

19. bis 20. Februar  
Publikation (Pressekonferenz  
19. Februar) und Versand der Kommissionsentwürfe

5. April  
Fristende für Stellungnahmen aus der Partei

19. bis 20. April  
Versand der Leiteträge des Bundesvorstandes an die antragsberechtigten Gliederungen der Partei

15. Mai  
Antragsschluß für die Parteigliederungen zu den Leiteträgen

27. bis 29. Mai  
Versand der Antragsbroschüre

13. bis 15. Juni  
Bundesparteitag in Wiesbaden

## Europawahlkampf

1. April 1988  
Stichtag für den Beginn der Kandidatennominierung

- Anfang Juni 1989  
Europawahl (voraussichtlich)

## Landtagswahlen 1989/1990

- Februar 1989  
Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

- März 1990  
Landtagswahl im Saarland

- Mai 1990  
Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

- Juni 1990  
Landtagswahl in Niedersachsen

- Oktober 1990  
Landtagswahl in Bayern

## Kommunalwahlen 1989

- Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen  
Kommunalwahl im Saarland  
Kommunalwahl in Baden-Württemberg  
Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz  
Kommunalwahl in Hessen

## Kommunalwahl 1990

- März 1990  
Kommunalwahl in Bayern

## Bundestagswahl 1990

- voraussichtlich November 1990

## Preisstabilität bleibt Trumpf

Die Preisstabilität bleibt eine Trumpfkarte der deutschen Wirtschaft. 1987 mußten die Bundesbürger für die Lebenshaltung durchschnittlich nur 0,2 Prozent mehr ausgeben als im Jahr zuvor, als die Preise um 0,2 Prozent rückläufig gewesen waren. Verantwortlich für die günstige Bilanz sind die erneut stark verbilligten Importe. Das Statistische Bundesamt sieht denn auch „noch keinen Umschwung“ an der Preisfront. Die geringfügige Verteuerung sei darauf zurückzuführen, daß sich Heizöl und Kraftstoffe von 1985 auf 1986 stärker verbilligt hätten als von 1986 auf 1987.

## Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Wir sind für eine ehrliche Politik

**Gut vorbereitet mit einer Fülle von überzeugenden Argumenten stellte sich Bundeskanzler Helmut Kohl am Montag, 11. Januar 1988, den Bonner Journalisten. Der Kanzler nahm sowohl zum Stand und den Perspektiven der Außenpolitik Stellung wie auch ausführlich zu den Problemen der Innenpolitik, hauptsächlich der Steuer- und Finanzpolitik.**

Zur deutschen EG-Präsidentschaft sagte der Kanzler:

Mit Jahresbeginn hat die Bundesrepublik Deutschland für die nächsten sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Gemeinschaft übernommen. Die Bundesregierung ist entschlossen, ihre Präsidentschaft zum Erfolg zu führen und damit zu einem Aktivposten für Europa zu machen. Wir wollen das europäische Einigungswerk weiter voranbringen. Grundlage unseres Arbeitsprogramms bildet die Einheitliche Europäische Akte, deren Ziele wir in den nächsten Jahren durchsetzen müssen.

Angesichts weltwirtschaftlicher Unsicherheiten aufgrund der internationalen Verschuldungssituation, des anhaltenden US-Handelsdefizits und der Entwicklung des Dollar-Kurses setzen wir mehr denn je auf die europäische Karte.

Der deutsche Außenhandel ist bereits in starkem Maße europäisch orientiert: 1986 gingen 51 Prozent unserer Ausfuhr (= 526 Mrd. DM) in EG-Länder, 52 Prozent unserer Einfuhr (= 414 Mrd. DM) kamen von dort. 1987 werden die Zahlen noch größer sein.

Neben der Steuerreform, die in drei Schritten die Steuerzahler um 50 Mrd.

DM entlastet, ist die Verwirklichung des großen europäischen Binnenmarktes mit 320 Millionen Verbrauchern zentraler Bestandteil meiner Regierungspolitik für Wachstum und Beschäftigung.

Zunächst wird der Europäische Rat am 11. und 12. Februar in Brüssel erneut über das Delors-Paket beraten. Die Vorschläge zur Reform der Agrarpolitik und der Strukturfonds, zur Haushaltsdisziplin und für ein neues Finanzierungssystem konnten in Kopenhagen noch nicht verabschiedet werden. Dennoch hat der Rat erhebliche Fortschritte erzielt und sich auf folgende vier Grundsätze verständigt:

1. Die Strukturfonds sollen deutlich erhöht und ihre Mittel mehr als bisher auf die strukturschwachen Länder der Gemeinschaft konzentriert werden.
2. Das Finanzierungssystem der Gemeinschaft soll reformiert werden. Wir werden deshalb die bestehenden Gemeinschaftseinnahmen (Zölle, Abschöpfungen und einen Anteil an der Mehrwertsteuer) um eine vierte Einnahmequelle erweitern, die sich stärker am Wohlstand der einzelnen Mitgliedstaaten orientiert.
3. Kostendämpfende Maßnahmen (Stabilisatoren) sollen dazu beitragen, die Überschußproduktion in der Landwirtschaft zu verringern. Die EG-Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten haben anerkannt, daß angesichts der Überschüsse Flächenstillegungen ein wesentlicher Beitrag zur Markt- und Kostenentlastung sind.
4. Das Prinzip der strikten Haushaltsdisziplin wird bestätigt.

Ich bin zuversichtlich, daß es uns aufgrund der geleisteten Vorarbeit gelingen

wird, im Februar in Brüssel die notwendigen Ergebnisse zu erzielen.

Zweiter von der Einheitlichen Europäischen Akte vorgegebener Schwerpunkt ist die Verwirklichung des Binnenmarktes. Mit der Verwirklichung dieses „Raumes ohne Binnengrenzen“ bis 1992 stellt sich die Gemeinschaft einer Herausforderung, die mit der Entstehungsphase des europäischen Einigungswerkes vergleichbar ist. Ein solcher Binnenmarkt stellt für die Wirtschaft der Gemeinschaft und damit auch für uns eine unverzichtbare Basis dar, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können. Wir sind uns dabei im klaren darüber, daß der Binnenmarkt von den Volkswirtschaften aller Staaten, auch von uns, erhebliche Anpassungen verlangt.

Wichtigste Vorhaben auf diesem Wege sind für unsere Präsidentschaft:

- Liberalisierung des Kapitalverkehrs
- Abbau von Handelshemmnissen
- Öffnung der Märkte für öffentliche Aufträge
- Erweiterung des freien Dienstleistungsverkehrs und der Niederlassungsfreiheit (z. B. im Versicherungswesen und durch gegenseitige Anerkennung von Diplomen).

Auf uns wartet ein großes Arbeitsprogramm. Erreichen wir 1992 den Binnenmarkt, ist der Einigungsprozeß in Europa unumkehrbar. Dazu wollen wir jetzt einen entscheidenden Beitrag leisten. Wir wollen damit auch das Vertrauen, das unsere Partner in unsere Präsidentschaft setzen, rechtfertigen. Wir verbessern damit zugleich die Voraussetzungen für eine aktive Ostpolitik. Sie befreit unsere Bündnispartner nicht nur von der möglichen Sorge über einen deutschen Sonderweg, sondern wir gewinnen auch ihre Unterstützung, wie dies Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac gerade

in diesen Tagen in ihren Gesprächen mit Generalsekretär Honecker erneut ein-drucksvoll bewiesen haben.

## Zum West-Ost-Verhältnis

Der Jahreswechsel ist Anlaß für Bilanz und Ausblick auch im West-Ost-Verhältnis. Gerade hier hat das alte Jahr bedeutende, ja historische Fortschritte gebracht; gerade hier sehen wir günstige Perspektiven für die Zukunft.

In der gesamten Nachkriegsgeschichte haben die Großmächte keinen so dichten Dialog auf höchster Ebene gepflegt wie in den letzten beiden Jahren: Seit Herbst 1985 drei Gipfeltreffen, und das nächste ist bereits für den Frühsommer vereinbart!

Unseren Beziehungen zur Sowjetunion messe ich im neuen Jahr hohe Priorität zu. Bereits im alten Jahr habe ich in einem grundsätzlichen Schriftwechsel mit Generalsekretär Gorbatschow vereinbart,

- in naher Zukunft zu einem persönlichen Meinungsaustausch zusammenzutreffen und
- in den Beziehungen eine neue Seite nicht nur aufzuschlagen, sondern mit konkretem Inhalt zu füllen: Mit dichtem Dialog auf allen Ebenen, engerer Zusammenarbeit, weiteren Abkommen.

All dies wird Thema der Gespräche sein, zu denen wir Außenminister Schewardnadse nächste Woche hier in Bonn erwarten. Ich werde ihn zu einem ausführlichen Meinungsaustausch empfangen. **Wir werden dabei auch über meine Einladung an Generalsekretär Gorbatschow sprechen, noch während unserer EG-Präsidentschaft unser Land zu besuchen.**

Wir sind auch aufgeschlossen gegenüber der Anregung, eine förmliche Konsultationsvereinbarung abzuschließen. Angesichts der bedeutenden Beiträge der Deutschen und der Russen zur europäi-

schen Kultur ist der Austausch von Kulturinstituten überfällig.

Besonders dankbar verzeichne ich die überaus günstige Entwicklung der Ausreisen von Sowjetbürgern deutscher Nationalität im Jahre 1987: 14488 Ausreisen — das ist das 25fache der Vorjahreszahl und übertrifft das bisherige Rekordjahr 1976 — das Jahr nach der Schlußakte von Helsinki — bei weitem.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß wir 1988 des 40. Jahrestages der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen gedenken werden. Wir erhoffen und erwarten in diesem Jubiläumsjahr eine spürbare Verbesserung der Menschenrechtsslage in allen Staaten des Warschauer Pakts. Dies wird wesentliches Anliegen des Westens in der jetzt beginnenden Schlußphase des Wiener KSZE-Folgetreffens sein.

Im vergangenen Herbst habe ich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grosz ein Paket richtungweisender Vereinbarungen auf den Weg gebracht: Wirtschaftliche sowie wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Austausch von Kulturinstituten, Förderung der ungarndeutschen Minderheit, Sichtvermerkserleichterungen — Sie wissen, daß Ungarn ab 1. Januar jedem Bürger erlaubt, nach Belieben ins Ausland, auch in den Westen zu reisen — eine überaus erfreuliche Entwicklung!

Diese Vereinbarungen mit Ungarn sind kein Exklusivmodell: Unser Angebot gilt unverändert mit allen östlichen und südöstlichen Nachbarn, aufgrund der geschlossenen Verträge und der Schlußakte von Helsinki, langfristig und zukunftsgerichtet zusammenzuarbeiten.

Bundesminister Genscher hat kurz vor Weihnachten Rumänien besucht, um die Beziehungen weiterzuentwickeln. Heute ist er in Warschau. Auch dort werden

humanitäre Fragen besprochen werden. Angesichts der leidvollen Vergangenheit suchen wir neue Wege der Verständigung und der Zusammenarbeit auch mit Polen. Ein **deutsch-polnisches Jugendwerk** wäre ein besonders symbolträchtiger Neuanfang.

Mit Bulgarien setzen wir die von mir mit Generalsekretär Schiwkow vereinbarte Linie der engeren Zusammenarbeit in allen Bereichen fort, insbesondere auf dem wirtschaftlichen, dem wissenschaftlich-technologischen und dem kulturellen Gebiet.

Die ČSSR ist Ende dieses Monats Ziel meiner ersten Auslandsreise in diesem Jahr. 1988 jährt sich zum 50. Mal das Münchener Abkommen und zum 20. Mal der Prager Frühling. 15 Jahre sind seit dem letzten Besuch eines Bundeskanzlers in Prag — zur Unterzeichnung des Prager Vertrages — vergangen. Diese Jahrestage verdeutlichen die historischen Hypothesen ebenso wie die Verpflichtung zu einer friedlichen zukunftssträchtigen Zusammenarbeit.

In diesem Sinne sehe ich meinen Gesprächen mit Staatspräsident Husak, dem neuen Generalsekretär Jakes und Ministerpräsident Strougal mit besonderer Erwartung entgegen. Im Mittelpunkt meiner Begegnung mit Kardinal Tomaschek wird die Lage der Kirche im Lande stehen.

Die Bundesregierung führt ihre Politik nach Osten in fester Verankerung im Westen. Geschlossenheit und engste Abstimmung in unserem Bündnis waren Voraussetzungen der Abrüstungserfolge des vergangenen Jahres. So wird es auch in Zukunft bleiben.

Ich werde in diesem Frühjahr mit Präsident Reagan und mit Außenminister Shultz die Gespräche fortsetzen und vertiefen. Dabei werden die weiteren Perspektiven der West-Ost-Beziehungen wie

die zukünftigen Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Mittelpunkt stehen, wie ich sie in meiner Regierungserklärung am 10. Dezember 1987 im Bundestag erläutert habe.

## Zur Deutschlandpolitik

Die spürbar verbesserte Großwetterlage im West-Ost-Verhältnis und die deutliche Aufwärtsbewegung in den Beziehungen der Großmächte begünstigt auch unsere deutschlandpolitischen Anliegen. In diesem Jahr wird es vor allem darum gehen, die positive Entwicklung der letzten Jahre — insbesondere im Reiseverkehr und bei den Begegnungsmöglichkeiten der Menschen — zu verstetigen und auszubauen. Dies gilt auch und besonders in Berlin. Die geschlossenen Vereinbarungen auf allen Gebieten müssen mit Leben erfüllt werden, um möglichst rasch konkrete Fortschritte zum Wohle der Menschen zu erreichen.

Generalsekretär Honecker hat mir am Wochenende die endgültigen Zahlen der DDR für den Reiseverkehr 1987 übermitteln lassen. Danach hat es 5 062 914 Besuche in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) gegeben. Davon waren 1 286 896 Besuche von Personen unterhalb des Rentenalters.

## Zur wirtschaftlichen Lage

Unbestreitbar ist, daß die Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf im Gefolge der Turbulenzen an den Finanzmärkten zugenommen hat. Angesichts der Dollar-Abwertung werden die Risiken vor allem in den exportorientierten Unternehmen verständlicherweise höher veranschlagt. Lassen Sie mich hierzu unterstreichen, daß die Bundesregierung diese Risiken alles andere als gering einschätzt. Zur richtigen Bewertung dieser Risiken gehört es aber, auch diejenigen Faktoren im Auge zu behalten, die die

Konjunktur unverändert stützen und für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung sprechen.

**Wichtigste Tatsache bleibt, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sowohl bis Oktober vergangenen Jahres als auch in der Zeit danach deutlich aufwärts gerichtet war. Sie wurde und wird weiter getragen vom privaten Verbrauch und von den Investitionen, also von der Inlandnachfrage, deren Wachstumstempo bei etwa drei Prozent liegt.**

Das Statistische Bundesamt wird die Wachstumszahl des Bruttosozialprodukts für 1987 in Kürze bekanntgeben. Die bisherige Schätzung der Bundesregierung von 1½ bis 2 Prozent dürfte sich dabei bestätigen. Daß dies nicht selbstverständlich ist, ersehen Sie daraus, daß zwei führende wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute noch im Sommer 1987 lediglich 1 Prozent bzw. gut 1 Prozent erreichbar hielten.

Ich füge hinzu: Die erreichte Wachstumsrate von mehr als 1½ Prozent würde deutlich höher liegen, wenn nicht der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß die deutsche Wirtschaft stark belasten würde. So hat das Volumen unserer Warenexporte 1987 um 2½ Prozent zugenommen, das unserer Importe aber um 5 Prozent, also doppelt so stark.

Anders ausgedrückt: In realer Rechnung hat der Überschuß unseres Außenhandels im vergangenen Jahr um rd. 10 Mrd. DM abgenommen — mit entsprechenden Wachstumsverlusten für die deutsche Wirtschaft und umgekehrt natürlich positiven Wachstumsimpulsen für unsere ausländischen Handelspartner — per Saldo also ein erheblicher deutscher Beitrag zur Verringerung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte.

Auch die deutsche Geld- und Finanzpolitik leistet ihren Beitrag zur internationa-

len Zusammenarbeit. Die Geldmengenexpansion ist alles andere als restriktiv. Geld war noch nie so billig wie heute. Wir haben mit 2,5 Prozent derzeit den **niedrigsten Diskontsatz** der Nachkriegszeit, ja der einhundertjährigen deutschen Zentralbankgeschichte überhaupt.

Gleichzeitig werden die **Steuern 1988 um 14 Mrd. DM gesenkt, 1990 noch einmal um 20 Mrd. DM.**

In der **Haushaltspolitik** ist die Bundesregierung bereit, für dieses Jahr eine spürbar steigende **Nettokreditaufnahme** bewußt in Kauf zu nehmen, um die konjunkturelle Entwicklung zu stützen. Denn zum einen müssen wir die **EG finanziell** in Stand setzen, ihre großen Reformaufgaben zu erfüllen. Schon im September 1987 hat der Bundesfinanzminister auf entsprechende mögliche **Einnahmeverluste** für den Bund hingewiesen.

Nicht vorhersehbar war zum anderen, daß sich jetzt durch den sehr starken Rückgang des **Dollar-Kurses** gegen Ende des alten Jahres weitere **Einnahmeverluste** ergeben würden.

Gleichzeitig ist aber vollkommen klar, daß wir 1989 diese Neuverschuldung erheblich zurückführen müssen. Diese Feststellung ist jetzt erforderlich, damit keine falschen Signale an die Märkte, vor allem in den Zinserwartungen, gegeben werden. Deshalb hat das Kabinett beschlossen, die **Nettokreditaufnahme** des Bundes im nächsten Jahr um mindestens 10 Mrd. DM **zu verringern.**

Ich betone noch einmal, daß die Bundesregierung in der gegenwärtigen Situation zweierlei fest im Auge hat: Wir wollen die konjunkturelle Entwicklung stützen, wir halten aber gleichzeitig fest an dem Grundsatz **solider Staatsfinanzen.** Beidem tragen die finanzpolitischen Beschlüsse des Kabinetts Rechnung.

Die insgesamt eindeutig expansive Geld- und Finanzpolitik ist abgestimmt und koordiniert mit entsprechenden Anstrengungen in unseren wichtigen Partnerländern. Ich nenne als wichtigstes Beispiel die Beschlüsse zur Kürzung des amerikanischen Haushaltsdefizits. Die abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik der westlichen Industrieländer bildet die Grundlage für die gemeinsame Erklärung der sogenannten 7er Gruppe vom 23. Dezember 1987. Lassen Sie mich hinzufügen, daß sich die Zusammenarbeit im Europäischen Währungssystem gerade in den letzten Wochen und Monaten ganz offensichtlich bewährt hat. Diese enge internationale Zusammenarbeit — sowohl im Rahmen der 7er Gruppe als auch im Europäischen Währungssystem — werden Bundesbank und Bundesregierung weiter fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für wichtig, daß sich der **Dollar-Kurs stabilisiert.**

Ins Gewicht fallen ferner folgende positive Wirtschaftsdaten:

- Produktion und Aufträge in der Industrie lagen zuletzt deutlich über dem Stand des Vorjahres;
  - gerade die Aufträge aus dem Ausland haben seit dem Frühjahr 1987 erheblich zugenommen;
  - die Reallöhne steigen weiter deutlich an, die Einzelhandelsumsätze lagen zuletzt real um mehr als fünf Prozent über dem Vorjahresergebnis; die Dynamik des privaten Verbrauchs ist unverändert stark;
  - niedrige Zinsen und hohe Preisstabilität schaffen nach wie vor ein günstiges Klima für Investoren und Verbraucher.
- Fortgesetzt hat sich auch bis zuletzt — trotz der schwieriger gewordenen Exportbedingungen — die Zunahme der Arbeitsplätze. Die Zahl der Erwerbstätigen hat im November 1987 die Marke



von 26,1 Millionen erreicht. Dies ist der **höchste Beschäftigungsstand** in einem Novembermonat seit 1980.

## Zur Beschäftigungspolitik

Die gegenwärtige **Arbeitsmarktlage** ist also gekennzeichnet sowohl von einem hohen **Beschäftigungsstand** als auch von hoher **Arbeitslosigkeit**. Geburtenstarke Jahrgänge und der zunehmende Wunsch vieler Frauen nach einer Berufstätigkeit sind die maßgeblichen Gründe für diesen scheinbaren Widerspruch.

Deswegen hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiterhin zentrale Bedeutung. Und aus diesem Grund wird die Bundesregierung ihre aktive Arbeitsmarktpolitik — von der Qualifizierungsoffensive über 110 000 ABM-Plätze bis hin zur Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer — trotz der damit verbundenen hohen Milliardenbeträge weiter fortsetzen.

Aber auch die Tarifpartner müssen ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung Rechnung tragen. Wenn steigende Haushaltsdefizite in Bund, Ländern und Gemeinden aus konjunkturellen Gründen hingenommen werden müssen, dann ist es für mich selbstverständlich, daß z. B. auch die Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst dieser veränderten Situation gerecht werden.

Entscheidender Schlüssel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt die Bewältigung des Strukturwandels. Mit ihrem erheblich gestiegenen finanziellen Einsatz für **Kohle und Stahl** hat die Bundesregierung ihr Engagement für einen sozialverträglichen Strukturwandel klar unterstrichen.

Für den 24. Februar werde ich zu einer **Montankonferenz** nach Bonn einladen. Ihr Anliegen ist, gemeinsam mit allen Beteiligten — Bundesregierung, das Land Nordrhein-Westfalen, Städte und

Gemeinden, Unternehmen und Gewerkschaften — über Wege zur Überwindung der besonderen Schwierigkeiten an Rhein und Ruhr zu sprechen. Es kommt für mich jetzt entscheidend darauf an, klare Signale für die Zukunftsfähigkeit des Ruhrgebietes zu setzen.

Zusammenfassend möchte ich betonen: Die Wirtschaftspolitik steht 1988 — national und international — zweifellos vor besonderen Schwierigkeiten. Diese können gemeistert werden, wenn die enge internationale Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik weiter fortgesetzt wird. Die Bundesregierung ist hierzu fest entschlossen. Noch notwendiger ist es, daß die insgesamt positive wirtschaftliche Ausgangssituation am Beginn dieses Jahres nicht durch fortgesetzte Krisen-Spekulationen leichtfertig zerredet wird.

Die vorliegenden Daten und Indikatoren bestätigen, daß auch das Jahr 1988 durchaus Chancen für Wachstum und Beschäftigung bietet. Sie gilt es, jetzt zu nutzen.



## Mehrheit der Europäer bejahen Binnenmarkt

Drei von fünf Bewohnern in den zwölf EG-Staaten wollen die Schaffung eines Binnenmarktes ohne Grenzen bis zum Jahre 1992. Nur sechs Prozent lehnen ihn deutlich ab. Vier Fünftel der Befragten sehen Vorteile in der freien Bewegung von Gütern, Arbeitskräften und Kapital zwischen den Mitgliedsländern. Eine deutliche Mehrheit stimmt dem freien Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft zu und zwei Drittel begrüßen die Abschaffung der Grenzkontrollen. Den freien Eigentumsverkehr in der Gemeinschaft sowie eine Annäherung der Steuersätze der Mitgliedstaaten wollen 60 Prozent der Befragten.

Mit Beginn des neuen Jahres

## Weitere 13,8 Milliarden DM bleiben bei den Steuerzahlern

**Der Jahreswechsel 1987/88 hat für die Steuerzahler in unserem Land entscheidende Verbesserungen gebracht. Zum 1. Januar 1988 ist die 2. Stufe der Steuerreform in Kraft getreten. Damit werden Arbeitnehmer und Wirtschaft um insgesamt fast 13,8 Milliarden DM entlastet.**

Während die erste Stufe 1986 vorrangig der Entlastung von Familien mit Kindern und Beziehern kleiner Einkommen zugute gekommen ist, soll nun der Schwerpunkt der steuerlichen Erleichterungen auf der Abflachung des Einkommensteuertarifes liegen. Für diese Tarifabflachung allein sind schon rund 11,5 Milliarden DM vorgesehen.

Weitere steuerliche Entlastungen erfahren die Steuerzahler durch die Erhöhung des Grundfreibetrages um 216/432 DM (Ledige/Verheiratete) auf 4752/9504 DM und die Verbesserung der Ausbildungsfreibeträge und des Haushaltsfreibetrages.

Neben der Begradigung des Progressionsverlaufs sind für kleine und mittlere Betriebe weitere Erleichterungen vorgesehen:

Zum einen werden die Sonderabschreibungen nach § 7 g EStG verstärkt, zum anderen werden die Unternehmen durch die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude mit Beträgen entlastet, die von rund einer Milliarde DM in 1986 auf rund 4 Milliarden DM in 1990 ansteigen.

Insgesamt beträgt die steuerliche Entlastung, die mit dem 1. Januar 1988 in

Kraft getreten ist, demnach 13,8 Milliarden DM.

Zusammen mit den Steuersenkungen seit 1986 werden die Steuerzahler somit um insgesamt 24,6 Milliarden DM entlastet.

Unsere Steuerpolitik verfolgt vor allem zwei wichtige Ziele: Einmal sollen alle Lohn- und Einkommensteuerzahler, insbesondere die Steuerpflichtigen mit Kindern, dauerhaft entlastet werden.

Daneben wollen wir die immer noch zu stark ansteigende Belastung jeder zusätzlich verdienten Mark verringern. Den Bürgern soll wieder mehr Freiraum und dementsprechend Mittel für eigenverantwortliches Handeln zurückgegeben werden.

Wir sind der Meinung, daß das Geld des Bürgers nirgendwo so gut aufgehoben ist wie in seiner eigenen Tasche.

Nach den alten Steuertarifen ist der Mehrverdienst zu hoch belastet. Eine zu steil ansteigende Grenzbelastung (die Besteuerung jeder zusätzlich verdienten Mark) erstickt Arbeitsfreude, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein bereits im Keim.

Durch die Steuersenkungen 1986 und 1988 werden die Grenzsteuersätze des Einkommensteuertarifs stark abgesenkt. Dies baut vor allem die leistungshemmende Belastung des Mehrverdienstes in der Progressionszone ab.

Für die ganz überwiegende Mehrzahl unserer Bürger, für die das Streben nach höherem Wohlstand nach wie vor ein wichtiges Ziel ist, bedeutet dies eine nachhaltige Verbesserung der langfristi-

gen Perspektiven in der beruflichen Entwicklung.

Gleichzeitig verbessern wir mit der Begräbigung des Tarifverlaufs und der geringeren Belastung des einbehaltenen Gewinns die Ertragskraft, die Eigenkapitalbildung und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen.

Da neun von zehn Unternehmen Personengesellschaften sind und somit zur Einkommensteuer veranlagt werden, wirkt die Steuersenkung auch als spürbare steuerliche Entlastung kleiner Unternehmen. Diesen zu helfen ist besonders wichtig, denn es sind insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe gewesen, die in den letzten vier Jahren die rund 680 000 neuen Arbeitsplätze geschaffen haben.

Aber nur Unternehmen, die investieren, können neue Arbeitsplätze schaffen und alte sichern. Daher werden wir auch weiterhin dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und damit auch mehr Beschäftigung weiter nachhaltig verbessert werden.

## **Kohl begrüßt Wörners Wahl zum NATO-Generalsekretär**

Bundeskanzler Helmut Kohl gab zur Wahl des Bundesministers der Verteidigung, Manfred Wörner, zum NATO-Generalsekretär folgende Erklärung ab: Die Atlantische Allianz hat Bundesminister Manfred Wörner zu ihrem nächsten Generalsekretär gewählt. Ich freue mich über diese Entscheidung und begrüße es sehr, daß der Beschluß im Konsens aller Mitgliedstaaten der NATO gefaßt wurde. Zum ersten Mal in der bald vierzig Jahre alten Bündnis-Tradition wird ein Deutscher das Amt des NATO-Generalsekretärs übernehmen. Ich danke unseren

Bündnispartnern für ihre Unterstützung. Ich sehe darin nicht nur einen Vertrauensbeweis für die Bundesrepublik Deutschland und ihren Kandidaten. Mit dieser Wahl wird auch der Verteidigungsbeitrag unserer Bundeswehr von der Allianz anerkannt und gewürdigt.

Ich bin sicher, daß Manfred Wörner sein neues Amt in überzeugender Weise wahrnehmen wird. Ich wünsche ihm dazu viel Glück und Erfolg. Der Bundesminister der Verteidigung hat mir seinen Wunsch übermittelt, im kommenden Mai aus der Bundesregierung auszuschcheiden. Dann werde ich seinen Nachfolger benennen.

## **CDU erinnert an Jakob Kaiser**

In einer Gedenkfeier will die CDU am 8. Februar an den 1961 verstorbenen früheren Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, erinnern, der an diesem Tag 100 Jahre alt geworden wäre. Bundeskanzler Helmut Kohl und der frühere Bundesarbeitsminister Hans Katzer, ein Schwiegersohn Kaisers, werden auf der Veranstaltung sprechen.

Jakob Kaiser, der aus Unterfranken stammte, später Mitglied des Reichsvorstandes des Christlichen Gewerkschaftsbundes war und im Widerstand gegen Hitler mitwirkte, zählte nach 1945 in Berlin zu den Mitbegründern der CDU und führte die Partei in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Von 1949 bis 1957 war er gesamtdeutscher Minister im Kabinett Konrad Adenauers. In den 50er Jahren war er auch stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender.

## **Personalie**

**Wilfried Böhm** ist auf der Herbstsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates von der Christlich Demokratischen Fraktion zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

# Vorübergehend höhere Neuverschuldung

**1988 steigt die Neuverschuldung vorübergehend auf rund 40 Milliarden DM an. 1989 wird die Nettokreditaufnahme wieder um mindestens 10 Milliarden DM zurückgeführt, d. h. der stabilitätspolitische Kurs wird weiterhin fortgesetzt, erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vor der Bonner Presse.**

1988 wird zunächst die Nettokreditaufnahme voraussichtlich von den im Haushaltsgesetz vorgesehenen 29,5 Milliarden DM auf rund 40 Milliarden DM ansteigen. Bundesregierung und Koalition haben sich im Herbst 1987 aus wirtschaftspolitischen Gründen entschieden, eine vorübergehende Erhöhung der Neuverschuldung 1988 zu akzeptieren.

Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die kurzfristig starke Abwertung des US-Dollars zurückzuführen, wodurch der noch im Oktober 1987 bei rund 7 bis 8 Milliarden DM vermutete Bundesbankgewinn bis zum Jahresende auf einen kleinen Rest zusammenschmolz. Außerdem sind 1988 zusätzliche Ausgaben für die Europäische Gemeinschaft in Höhe von rund 4 Milliarden DM zu erwarten.

## Schon 1989 wieder Abbau der Neuverschuldung

Die für 1988 notwendig gewordene Erhöhung der Neuverschuldung wird jedoch nur für ein Haushaltsjahr hingenommen. Schon 1989 soll die Nettokreditaufnahme laut Kabinettsbeschluß wieder um mindestens 10 Milliarden DM gesenkt werden. Dies soll durch Subventionsabbau, Erhöhung spezifischer Verbrauchsteuern und konsequente Ausgabenbegrenzung erfolgen. Die dazu notwendigen Beschlüsse sollen vor der Sommerpause in Verbindung mit dem Nachtragshaushalt 1988

und der Vorbereitung des Etatentwurfs 1989 gefaßt werden.

Die Bundesregierung hat weiterhin beschlossen, den vorgesehenen finanziellen Rahmen für den Bundeshaushalt 1988 einzuhalten. Dies bedeutet, daß die Diskussion über ein Vorziehen der für 1990 geplanten Steuerreform um ein Jahr auf 1989, über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie über zusätzliche Ausgaben beendet ist. Auch mit diesen Beschlüssen ist die Bundesregierung nicht von ihrer bisherigen Linie einer konsequenten stabilitätspolitischen Finanzpolitik abgewichen. Das mit dem Bundeshaushalt 1988 gesteckte Ausgabenvolumen bleibt mit einer Steigerung von 2,5 % in der geplanten Größenordnung.

Damit liegt der Ausgabenzuwachs auch in diesem Jahr weit unter den von der SPD vorgegebenen Raten. Zur Erinnerung: im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1982 lag die jährliche Ausgabenexpansion noch bei rund 9 %. Außerdem hatte die damalige SPD-geführte Bundesregierung noch 1982 für 1983 eine Neuverschuldung von über 50 Milliarden DM geplant.

Die Neuverschuldung der SPD hatte den Zweck, immer höhere Staatsausgaben zu finanzieren. Die nun von der Bundesregierung für ein Jahr beschlossene Erhöhung der Nettokreditaufnahme dient dagegen gerade nicht verstärkten Ausgabenwünschen der einzelnen Ressorts, sondern wird in Form von Steuererleichterungen in die Taschen der Steuerzahler zurückfließen. Allein 1988 wird die Binnenkonjunktur durch die in Kraft getretene zweite Stufe der Steuerreform einen Impuls in Höhe von fast 14 Milliarden DM erhalten. Steuererleichterungen für die Bürger aber sind besser als teure Ausgabenprogramme.

Nach dem Skandal bei Transnuklear

## Lückenlose Aufklärung und verschärfte Sicherheitskontrollen

**Zur lückenlosen Aufklärung der skandalösen Vorgänge um das Hanauer Transportunternehmen Transnuklear hat Bundesumweltminister Töpfer intensive Gespräche mit den Bundesländern und der belgischen Regierung geführt. Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Affäre hatte Töpfer eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gebildet, um das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit mit den Bundesländern abzustimmen. Als erste Sofortmaßnahme sorgte er für eine Verschärfung der staatlichen Kontrolle bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Gleichzeitig stellte Töpfer die Eckpunkte eines neuen Entsorgungskonzeptes vor.**

Nach den bisherigen Ermittlungen der Länder haben 1808 Fässer ihren Transportweg direkt oder indirekt über das belgische Kernkraftzentrum Mol genommen. Dagegen gibt die Staatsanwaltschaft auf der Basis einer Mitteilung von Transnuklear vom 23. Dezember 1987 insgesamt 1 942 zurückgebrachte Fässer an. Die Länder überprüfen inzwischen ihre Angaben nochmals, um die unterschiedlichen Angaben abzugleichen.

### Alle ausgetauschten Fässer werden kontrolliert

Daneben hat Bundesumweltminister Töpfer am Mittwoch vergangener Woche mit dem belgischen Staatssekretär für Energiefragen, Aerts, beschlossen, unverzüglich eine deutsch-belgische Arbeitsgruppe einzusetzen. Diese Arbeitsgruppe soll ein Konzept zur raschen und umfassenden

Erfassung des ausgetauschten Abfalls erarbeiten. Sobald die Gruppe ihre Arbeit abgeschlossen hat, wird Töpfer mit der belgischen Regierung eine Vereinbarung treffen, in der der Austausch der Abfallstoffe, die unrechtmäßig nach Deutschland oder Belgien gelangt sind, geregelt wird. Darüber hinaus soll die Vereinbarung auch eine künftige Zusammenarbeit der beiden Länder auf dem Gebiet der nuklearen Entsorgung sicherstellen. In der Zwischenzeit werden in der Bundesrepublik folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Alle aus Mol in die Bundesrepublik Deutschland zurückgebrachten Fässer werden in einem abgestuften Verfahren geprüft. Dabei wird grundsätzlich eine Kontrolle der Begleitpapiere vorgenommen; darüber hinaus wird — soweit erforderlich — eine „zerstörungsfreie Prüfung“ durchgeführt. Dies bedeutet, daß der Inhalt der Fässer mit Hilfe spektroskopischer Methoden untersucht wird. Gegebenenfalls erfolgt auch in Stichproben eine „zerstörende Prüfung“, bei der die Fässer angebohrt und aus ihrem Inhalt Bohrkerne entnommen werden.
- Im Rahmen der Amtshilfe für die Staatsanwaltschaft werden die Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen insgesamt fünf der 321 Fässer, die nach Angaben der belgischen Behörden mit geringen Mengen von Plutonium und Kobalt belastet sind, durch Probeentnahme analysieren. Die Ergebnisse sollen bis Mitte (Baden-Württemberg) bzw. Ende Januar (Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) vorliegen.

## Verschärfte Überwachung

Bereits am 30. Dezember 1987 hat Bundesumweltminister Töpfer den Erlass einer Richtlinie angekündigt, mit der die staatliche Kontrolle bei der Entsorgung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle verschärft werden soll. Im Vorgriff auf diese Richtlinie hat Klaus Töpfer die Länder angewiesen, zur Intensivierung der Kontrollen folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Vor jeder Beförderung von schwach- und mittelaktiven Abfällen müssen die zuständigen Aufsichtsbehörden durch die betreffenden Unternehmen mindestens 48 Stunden vor Abgang des Transports hierüber unterrichtet werden.
- Vor Versendung schwach- und mittelaktiver Abfälle zur Bearbeitung für die Endlagerung hat der Absender diese zu kontrollieren; die Prüfergebnisse hat er zu dokumentieren und aufzubewahren und der Aufsichtsbehörde auf Verlangen jederzeit zur Verfügung zu stellen.
- Der Absender von schwach- und mittelaktiven Abfällen hat aus jeder zu versendenden Charge von Abfällen Proben zu entnehmen (Rückhalteproben), diese aufzubewahren und der Aufsichtsbehörde auf Verlangen jederzeit für eine Prüfung zur Verfügung zu stellen.
- Die Aufsichtsbehörden werden angewiesen, Stichproben beim Absender und gegebenenfalls beim Empfänger schwach- und mittelaktiver Abfälle durchzuführen.

## Neues Entsorgungskonzept

Zusammen mit den Bundesländern arbeitet das Bundesumweltministerium parallel zu den Ermittlungen in der Angelegenheit Transnuklear an einem neuen Entsorgungskonzept für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Die Eckpfeiler dieses Konzeptes wurden nach der Sitzung der

Bund-Länder-Arbeitsgruppe vergangene Woche vorgestellt:

- Das Abfallaufkommen soll nach Art und Menge so gering wie möglich gehalten werden.
- Zur Behandlung radioaktiven Abfalls sollen vorhandene Einrichtungen stärker genutzt und neue zentrale Stellen in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden.
- Der Abfall soll nach Möglichkeit schon beim Verursacher behandelt werden, um Transportwege zu minimieren.
- Das gesamte Entsorgungssystem soll so ausgestaltet werden, daß es leichter überwacht werden kann.
- Die Aufsichtsbehörden sollen ihre Kontrollen systematisieren.

## Verantwortbarkeit von Kernenergie

Die Vorfälle bei dem Hanauer Nuklear-Transportunternehmen haben den Vertrauensvorschuß, den Politiker und Bürger der Energiewirtschaft bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie gegeben haben, stark in Anspruch genommen. Die Frage nach der Verantwortbarkeit von Kernenergie wird in diesem Zusammenhang von Kernkraftgegnern erneut in die öffentliche Diskussion gebracht.

**Fest steht: Eine Entscheidung gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie aufgrund der jüngsten Ereignisse zu fällen, wäre verantwortungslos. Denn die Verantwortbarkeit von Kernenergie war stets an das Wissen um die Unvollkommenheit des Menschen gebunden.**

Selbst mit einem Sofortausstieg wären die Probleme der Entsorgung radioaktiver Abfallstoffe keineswegs gelöst. Auch eine Vorreiterrolle bei der Verbesserung internationaler Sicherheitsstandards — wie sie die Bundesrepublik Deutschland nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl einnahm — wäre dann kaum mehr möglich.

Ganz abgesehen davon, daß eine Strukturrentscheidung diesen Ausmaßes die schwerwiegenden Folgen für die Umwelt und für die Energieversorgung in der Dritten Welt außer acht ließe. Denn die Weltbevölkerung wächst dramatisch an und damit auch die Energienachfrage.

Solange es den Industrieländern nicht gelingt, alternative Energietechnologien bereitzustellen, die in großem Umfang zur Energieversorgung beitragen können, wird eine Reihe von Ländern zwangsläufig in die Kernenergie hineinwachsen. Dann müssen die Industrieländer in der Lage sein, die Sicherheit dieser Kernkraftwerke mit zu gewährleisten.

Deswegen bleibt neben der Suche nach alternativen Energien als zentrale Auf-

gabe, die Sicherheitssysteme bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie weiter zu verbessern.

Ähnlich wie die Technik so entwickelt wurde, daß sie die Fehler des Menschen aufhält, muß auch der Umgang mit radioaktiven Abfällen durch Mehrfachsicherung vor menschlichen Fehlentscheidungen soweit wie möglich geschützt werden. Dies macht neue Sicherungssysteme und eine erhöhte Kontrollintensität erforderlich.

Wichtig dabei ist, daß die Energiewirtschaft in diese verstärkte Kontrolle mit eingebunden wird. Denn der Ruf nach einer Verstaatlichung von Kernkraftwerken ist — wie Tschernobyl und Sellafield bewiesen haben — wenig hilfreich.

## Kommission hat Arbeit aufgenommen

Unter Leitung von Generalsekretär Heiner Geißler hat die vom Bundesvorstand der CDU berufene Kommission „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ am 16. Dezember ihre Arbeit aufgenommen. Die Arbeit der Kommission dient der Vorbereitung des 36. Bundesparteitags der CDU Deutschlands vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden.

Es geht dabei vor allem darum, neue Perspektiven und politische Vorschläge für das Handeln der CDU in wichtigen Zukunftsfragen, die auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes gelöst werden sollen, zu entwickeln. Behandelt werden Fragen des Schutzes und der Würde menschlichen Lebens am Lebensanfang und am Lebensende, der Grenzen des technischen Fortschritts vor allem im

Bereich der Gentechnologie und der Fortpflanzungsmedizin, des weltweiten Schutzes der Schöpfung und der humanen Weiterentwicklung des Sozialstaates.

Die Kommission wird bis Mitte Februar Thesen erarbeiten, die anschließend in allen Gliederungen der Partei breit diskutiert und auf dem Bundesparteitag beschlossen werden sollen.

Die Kommission steht unter dem Vorsitz von Heiner Geißler. Ihr gehören an: Christoph Böhr, Gerhard Braun, Heinz Eyrich, Ulf Fink, Paul Hoffacker, Friedrich Kronenberg, Ursula Lehr, Albrecht Martin, Paul Mikat, Anton Pfeifer, Elmar Pieroth, Johannes Reiter, Heinz Riesenhuber, Ingeborg Roitzsch, Rita Süßmuth, Hela Stödter, Erwin Teufel, Klaus Töpfer, Roswitha Verhülsdonk und Johanna von Westphalen.

# Norbert Blüm rief zu einer „Kampagne für das Leben“ auf

Die nordrhein-westfälische CDU hat sich auf dem Landesparteitag in Duisburg (11./12. Dez. 1987) mit Mehrheit gegen eine Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218 und für eine schnelle Verabschiedung eines Beratungsgesetzes ausgesprochen. Vorausgegangen war eine engagierte und mit großer Behutsamkeit geführte Grundsatzdiskussion, die auf hohem Niveau stand.

Dem Beschluß lag eine einstimmige Empfehlung des geschäftsführenden Landesvorstandes zugrunde, während aus einer Reihe von Kreisverbänden anderslautende Anträge eingebracht worden waren. In der Diskussion hinterließ vor allem das Engagement des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, **Peter Hintze**, gegen die Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen nachhaltige Wirkung bei den Delegierten. Hintze: „Die CDU will, daß das gegenwärtig praktizierte Verfahren bei Schwangerschaftsabbrüchen ein Ende hat. Wir treten konsequent für das Lebensrecht des ungeborenen Kindes ein. Das ethische Dilemma entsteht dort, wo ein ausweglos erscheinender Konflikt der Mutter das Ja zum Kind versperrt. Dieses Problem läßt sich nicht dadurch lösen, daß wir den § 218 verschärfen oder die Krankenkassenregelung verändern. Das hätte nur zur traurigen Folge, daß die Dunkelziffern wachsen, Frauen ins Ausland oder zu „Engelmachern“ gehen, ihre Gesundheit bedroht ist, aber die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nicht zurückginge. Wir müssen den Weg der Beratung und der Hilfe weiter gehen. Die CDU will „Mut machen statt Angst machen.“ Der Staatssekretär im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, **Ottfried**

**Hennig**, plädierte dagegen dafür, die Abtreibung auf Krankenschein abzuschaffen, da diese das Gewissen vieler Versicherter belaste. „Wir brauchen ein deutliches, ein glaubwürdiges, ein unüberhörbares Signal der Wende, daß wir es ernst meinen mit dem Schutz des ungeborenen Lebens“, sagte Hennig.

Die Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben, **Johanna Gräfin von Westphalen**, forderte eine Verschärfung des Paragraphen 218. Bundesfamilienministerin **Rita Süßmuth** wandte sich mit dem Argument dagegen, daß bereits in der Öffentlichkeit ein deutlicher Wandel zugunsten des ungeborenen Lebens eingetreten sei. Die Forderung der siebziger Jahre, „Mein Bauch gehört mir“, sei heute kaum mehr zu vernehmen. Niemals zuvor sei so um das ungeborene Leben gekämpft worden wie heute.

**Norbert Blüm** erklärte, er selbst sei zwar bei der Reform des Paragraphen 218 der Auffassung gewesen, daß nur die medizinische Indikation straffrei bleiben sollte. Das Strafrecht könne für ihn heute aber nur die „Ultima ratio“ sein, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft seien. Zunächst sei der Staat aufgerufen, eine „große Kampagne“ für das Leben zu starten.

## Zitat

*Die nordrhein-westfälische Landesregierung ist geistig schon zurückgetreten. Gibt es diese Landesregierung überhaupt noch? „Konfusion — dein Name sei Johannes Rau.“*

(Norbert Blüm auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen CDU in Duisburg)



Rita Süsmuth:

## Für Kinder bleibt noch viel zu tun

Alle Umfragen der letzten Zeit bestätigen eines: Junge Paare wünschen sich wieder Kinder und die meisten davon mehr als ein Kind. Erstmals seit 1985 ist ein deutliches Ansteigen der Geburten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen. Waren in den davor liegenden Jahren die Geburtenziffern rückläufig, so wurden in den letzten beiden Jahren 9,5 Prozent mehr Kinder als 1985 geboren.

Den Kindern ist die Politik der CDU besonders verpflichtet, denn wie menschlich eine Gesellschaft wirklich ist, offenbart sich in besonders eindringlicher Weise in ihrem Umgang mit den Kindern. Es herrscht oft jedoch eine Diskrepanz darüber vor, was Kinder in Familie, Wohnumfeld und gesellschaftlicher Sphäre brauchen und wie diese drei Ebenen tatsächlich ausgestaltet sind. Auf die Belange der Kinder wird z.B. beim Wohnungsbau oder bei der Verkehrsplanung viel zu selten Rücksicht genommen.

Die Situation von Kindern heute zeigt, wie viel noch für Kinder zu tun bleibt. Deswegen veranstaltet die CDU am 2. Februar 1988 ein Gespräch mit Experten aus Wissenschaft, Verbänden, Modellprojekten und Selbsthilfegruppen, das sich mit dieser Thematik auseinandersetzt.

„Für Kinder bleibt noch viel zu tun — Politik für die Zukunft unserer Kinder“, so der Titel dieser Veranstaltung. Im Mittelpunkt dieses Gesprächs stehen die Fragen:

- Wie leben Kinder?
- Was brauchen Kinder?

Ziel dieses Expertengesprächs wird die Erarbeitung von konkreten Vorschlägen

sein, wie man in der Familienförderung, der Gestaltung der Arbeitswelt, im Bereich des Wohnungsbaus den Bedürfnissen der Kinder stärker als bisher gerecht werden kann.

Wir wissen nach zweijähriger Erfahrung mit dem Erziehungsgeld und dem Erziehungsurlaub, wie wichtig es ist, es jungen Eltern zu erleichtern, Kinder zu haben und für sie zu sorgen. Ab 1988 wird die Bezugsdauer des Erziehungsgeldes auf zwölf Monate ausgeweitet. Die Frauenvereinigung fordert aber dringend eine Verlängerung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs für ein zweites Jahr noch in dieser Legislaturperiode. Weitere Verbesserungen im Familienlastenausgleich sind für die Anerkennung der Leistungen der Familien dringend erforderlich.

Eine wichtige Einrichtung, die bei Konfliktfällen schwangere Frauen unterstützt, ist die Bundesstiftung „Mutter und Kind“. In den vergangenen beiden Jahren konnte die Bundesstiftung in über 133.000 Fällen schwangeren Frauen, die sich in einer finanziellen Notlage befanden, helfen. Besonders für die große Zahl der Alleinerziehenden sind die Hilfen der Stiftung unersetzlich. Der Etat der Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ wurde für 1987 rückwirkend und damit auch für 1988 von 80 Millionen DM jährlich auf 110 Millionen DM erhöht.

In der Arbeit der Frauenvereinigung der CDU nimmt das Thema „Kinder“ einen besonderen Rang ein. Im Herbst 1987 wurde die Aktion „Kleine Hände — Hilfen in Bedrängnis für Mütter, Väter und Kinder“ ins Leben gerufen. Es wurde mit

dieser Aktion dazu aufgefordert, in konkreten Notlagen von Eltern und Kindern direkt einzugreifen. Diese Hilfe im Kleinen schließt Initiativen wie die Einrichtung von Eltern-Kind-Kreisen, die Übernahme von Patenschaften, das Bereitstellen finanzieller und materieller Hilfen mit ein. Der Bereich der nachbarschaftlichen Hilfe soll damit wieder aktiviert werden. Hilfe im Kleinen kann auf diese Weise auf ein großes Ziel hinarbeiten: das gesellschaftliche Umfeld von Familien zu verbessern und so zu einer familienfreundlicheren Gesellschaft zu gelangen. Das Projekt stößt innerhalb der Frauenvereinigung auf große Resonanz. Die ersten Initiativen sind jetzt auf der Kreis-ebene der Frauenvereinigung angelaufen.

## Aus den Fachausschüssen Sport und Jugend

„Eine Mark für den Sport erspart 10 Mark für Rehabilitation“, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler anlässlich der konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses „Sport“. Im Rahmen der Kostendämpfungsdebatte werde der Sport und seine Förderung eine wesentliche Rolle spielen. Das Thema Sport und Gesundheit müsse daher Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses sein.

Dem Bundesfachausschuß Sport der CDU gehören neben den Sportpolitikern der CDU aus Bund und Ländern führende Vertreter der deutschen Sportverbände und -vereine und der Sportwissenschaft sowie Trainer und Spitzensportler an. Als Vorsitzender wurde **Ferdi Tillmann** gewählt, der auch den Sportausschuß des Deutschen Bundestages leitet. Seine Stellvertreter sind **Manfred Freiherr von Richthofen**, Präsident des Landesportbundes Berlin, und der ehemalige Spitzensportler **Michael Sauer**. Folgende

Themen werden außerdem auf dem Arbeitsprogramm des Ausschusses stehen: Sport und Umwelt, Sport und Steuern sowie die Förderung des Spitzensports.

Am 10. Dezember 1987 hat sich der Bundesfachausschuß „Jugendpolitik“ der CDU in Bonn neu konstituiert, dem 35 Experten aus Wissenschaft, Politik und Verbänden angehören. Der Bundesfachausschuß hat die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsabgeordnete Ruth-Hieronymi zu seiner Vorsitzenden gewählt. Zum Arbeitsprogramm des Bundesfachausschusses gehören die folgenden Themen, zu denen zugleich Arbeitsgruppen gebildet wurden:

- Jugendpolitische Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung
- Neuordnung des Jugendwohlfahrtsgesetzes
- Junge Menschen und Arbeitsmarkt
- Programm zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs
- Verbesserung der Partei(jugend)arbeit und Jugendansprache.

## Keine Heimbacksteuer

Öko-Heimbäcker, die Getreide für den eigenen Bedarf selber mahlen, werden nach Darstellung des Bundesfinanzministeriums nicht zur sogenannten „Mitverantwortungsabgabe Getreide“ herangezogen. Das Ministerium erklärte, alle Oberfinanzdirektionen seien angewiesen worden, Abgabenbeiträge von weniger als fünf Mark im Einzelfall weder festzusetzen noch beizutreiben. „Bei einer Abgabe von 1,29 Pfennig pro Kilogramm Getreide dürfte die Mitverantwortungsabgabe für den durchschnittlichen Hobby-Müller daher kein Thema mehr sein.“

# Angebote der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## Tue Gutes und rede darüber!

### Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

Auf die Qualität der Argumente kommt es in der Politik entscheidend an. Entscheidend ist aber auch, daß die Argumente bekannt werden. Wie man politische Grundsätze und tagespolitische Entscheidungen überzeugend in der Öffentlichkeit darstellt, zeigt das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in seinen Trainings Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich.

#### Die nächsten Termine:

20. 4. — 22. 4. 1988  
24. 4. — 27. 4. 1988  
22. 6. — 25. 6. 1988

### Kommunale Pressearbeit

Es ist leichter, als viele meinen, kontinuierlich mit der lokalen und regionalen Presse zusammenzuarbeiten. Wobei es darauf ankommt, erfahrene Pressesprecher und Pressebeauftragte auf Orts- und Kreisebene, aber auch alle anderen politisch Interessierten in den Trainings „Kommunale Pressearbeit“, die das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Schloß Eichholz anbietet.

#### Die nächsten Termine:

19. 2. — 21. 2. 1988  
18. 3. — 20. 3. 1988  
29. 4. — 1. 5. 1988  
27. 5. — 29. 5. 1988

#### Teilnahmebedingungen:

Teilnehmerbeitrag 50 DM/70 DM;

Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn/Eigenbeteiligung DM 20); weitere Kosten entstehen nicht.

#### Informationen / Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Institut für Politische Bildung  
Postfach 13 31 — 5047 Wesseling  
Telefon (0 22 36) 7 07-1

## Aktionsleiter-Schulung auf Schloß Eichholz

Seminar 1 am 5./6. Februar 1988

Auch 1988 bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle wieder Intensivschulungen für Aktionsleiter im Bereich Mitgliederwerbung an. Seminar 1 findet am 5./6. Februar 1988 statt. Hierbei stehen von Freitag- bis Samstagmittag auf dem Programm:

- politische Informationen
- aktive Verbandsarbeit
- erfolgreiche Modelle der Mitgliederwerbung
- Sprach- und Redetraining
- ausführlicher Erfahrungsaustausch.

Die Anmeldung erfolgt nach Absprache mit dem jeweiligen Kreisverband bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle Abt. Öffentlichkeitsarbeit z. Hd. Herrn Ralf Firmenich Konrad-Adenauer-Haus Friedrich-Ebert-Allee 73/75 5300 Bonn 1  
Telefon (02 28) 5 44-371

# Haben Sie schon Ihre Lohn-/Gehaltsabrechnung überprüft?

# Mehr Geld

# in der Tasche

dank Steuerreform

Die neue Gehaltsabrechnung freut viele Steuerzahler: Die 14 Mrd. Mark Steuer-senkung seit 1. Januar macht sich im Portemonnaie bemerkbar. Beispiele:

**Werkzeugmacher**, Metallindustrie, ledig, Jahres-einkommen: 36 777 Mark. Letztes Jahr zahlte er 7041 Mark Steuern. 1988: 6679 Mark. Gespart: 362 Mark.

**Kaufmännischer Angestellter**, Bekleidungsindu-strie, ledig, 37 440 Mark: 6903 Mark Steuern (7293 Mark). Gespart: 390 Mark.

**Verkäuferin**, ledig, 28 795 Mark: 4351 Mark Steu-ern (4463 Mark). Gespart: 112 Mark.

**Friseurin**, ledig, erstes Berufsjahr, 13 200 Mark: 1057 Mark Steuern (1104 Mark). Gespart: 47 Mark.

**Schreibkraft** in Textilindustrie, ledig, 26 130 Mark: 3677 Mark Steuern (3745 Mark). Gespart: 68 Mark.

**Leitender Buchhalter**, Stahlindustrie, verheiratet, kein Kind, 56 758 Mark: 8760 Mark Steuern (8988 Mark). Gespart: 228 Mark.

**Abteilungsleiter**, Mineralölindustrie, verheira-tet, zwei Kinder, 80 145 Mark: 14 226 Mark Steu-ern (15 060 Mark). Gespart: 834 Mark.

**Büroleiter**, Baugewerbe, verheiratet, kein Kind, 64 389 Mark: 10 894 Mark Steuern (11 328 Mark). Gespart: 434 Mark.

**Brauereifacharbeiter**, ledig, 39 767 Mark: 7665 Mark Steuern (8154 Mark). Gespart: 489 Mark.

**Brauereimeister**, ledig, 64 805 Mark: 17 554 Mark Steuern (19 259 Mark). Gespart: 1705 Mark.

**EDV-Gruppenleiter**, Spirituosenhersteller (600 Mitarbeiter), ledig, 95 000 Mark: 32 020 Mark Steuern (34 705 Mark). Gespart: 2685 Mark.

**Bankfilialleiter**, verheiratet, zwei Kinder, 60 294 Mark: 8390 Mark Steuern (8592 Mark). Gespart: 202 Mark.

Zusammen mit der ersten Stufe der Steuerreform, die seit 1986 in Kraft getre-ten ist, haben die Bürger eine Steuerentlastung von insgesamt 24,6 Mrd. DM erhalten. Die Steuersenkung geht weiter: 1990 um weitere 20 Mrd. DM.

## Wort gehalten: Wir senken die Steuern

# CDU

Die Steuersenkungspartei



Die Zukunft

# Wir senken die Steuern

## Verteil-Materialien zur Steueroffensive

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat alle Mitglieder aufgerufen, die größte Steuerreform seit Kriegsende „offensiv, positiv und gekonnt“ zu verkaufen.

Allen Kreisverbänden steht für diese Informationskampagne ein aktuelles „CDU extra“ in der bei den Kreisgeschäftsstellen abgefragten und von diesen gewünschten Auflage zur Verfügung. Weitere Informationsmittel sind die Taschenbroschüre „10 Pluspunkte“, die Wandzeitung „14 Milliarden mehr im Geldbeutel“ und unsere Steuerflugblätter.



Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Wir müssen die Krankenversicherung retten.

### Norbert Blüm: Warum die Gesundheitsreform jetzt notwendig ist

Berichte  
Seiten  
13-15



### Wort gehalten:



Diese Steuerreform ist dauerhaft: Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg

# Wir senken die Steuern

Mit der Großen Steuerreform setzt die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zu mehr Stabilität und Wohlstand. Die Zeiten der übergrößen- und leistungsfeindlichen Belastung sind schon bald ganz vorbei. Und das heißt: Dauerhafte Entlastung und mehr Gerechtigkeit. Leistung lohnt sich wieder.

### Fünf Jahre Regierung Helmut Kohl – Fünf Jahre wachsender Wohlstand

In der deutschen Politik wurde mit der Wahl Helmut Kohls ein neuer Anfang gemacht. Wirtschaft und Gesellschaft haben wieder ein solides Fundament. Wir befinden uns im fünften Jahr eines stabilen Wirtschaftsaufschwungs. Mehr als 600.000 neue Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Die Preise sind stabil.

● Mit der Einführung von Erziehungsurlaub, Erziehungsurlaub und Erziehungsurlaub wurden die Weichen für eine familiere- und kinderfreundliche Gesellschaft gestellt.  
● Gezielte Staatsfinanzen geben heute Spielraum für eine schöpferische Sozialpolitik. Nach der Steuerreform kann jetzt die Gesundheitsreform durchgeführt werden.

● Die Regierung Helmut Kohls ist zum Motor des Umweltschutzes in Europa geworden.

● Das westliche Bündnis wurde gestärkt. Die Abrüstungsverhandlung zum Abbau der Mittelstreckenkraften wurde zum ersten Schritt zu einem Frieden mit immer weniger Waffen.



Fünf gute Jahre für die Bundesrepublik Deutschland: Bundeskanzler Helmut Kohl

## Neu im Angebot: Das aktuelle CDU extra

**Wir senken die Steuern**  
Mit vielen praktischen Zahlenbeispielen informiert diese 16seitige Zeitung darüber, was die große Steuerreform für jeden einzelnen Bürger und für Wirtschaft und Arbeitsplätze bringt, z. B.:

- 50 Milliarden DM Steuerentlastung — das bedeutet mehr Wachstum und mehr Beschäftigung
- Für eine Familie mit vier Kindern beginnt die Steuerpflicht erst bei 30 511 DM
- Der Mittelstandsbauch wird abgebaut

Weiteres aktuelles Thema: Die Gesundheitsreform. Zur Diskussion über die Gesundheitsreform erläutert Bundesarbeitsminister Norbert Blüm anhand vieler Beispiele die Pläne der Bundesregierung.

Die Zeitung ist nur über die Kreisgeschäftsstellen zu beziehen

**Neu im Angebot:**

# 10 Pluspunkte

## Bilanz der Steuerreformen

# Wir senken die Steuern

## 10 Pluspunkte der Steuerreform



Mehr Wachstum und Wohlstand

1

Neue Arbeitsplätze

2

Mehr Kaufkraft

3

Entlastung niedriger Einkommen

4

Entlastung der Familien

5

Entlastung des Mittelstandes

6

Leistung lohnt wieder

7

Stabilisierung der Weltwirtschaft

8

Überschaubares Steuersystem

9

Abbau direkter Steuern

10

20,4 Mrd.

2

Stung

steuer ...

enden

dienst,

r)

1990

7



## Taschenbroschüre Wir senken die Steuern 10 Pluspunkte der Steuerreform

Die 10 wichtigsten Auswirkungen der Steuerreform werden mit Grafiken und Beispielen anschaulich dargestellt: Die Steuerreform stärkt das Wachstum und fördert den Wohlstand. Sie schafft neue Arbeitsplätze, mehr Kaufkraft, Entlastung für Arbeitnehmer mit niedrigem

Einkommen, für Familien mit Kindern, für mittelständische Unternehmen.

Handlich aufbereitet ist diese Taschenbroschüre ein ideales kleines Verteilmittel.

Bestell-Nr.: 2008

Mindestabnahme: 50 Exemplare

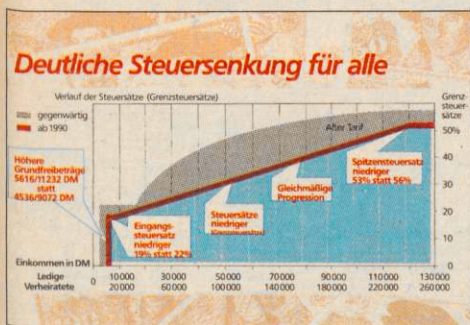
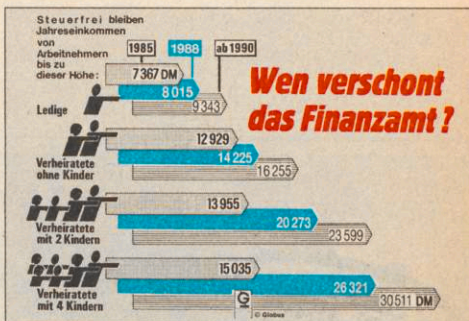
Preis pro Mindestabnahme: 11,— DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 13 28, 4804 Versmold**

# Groß-Schaubilder für Redner



Zur optischen Unterstützung von Reden und Diskussionen zur Steuerreform gibt es jetzt vier Groß-Schaubilder, die einfach und eindeutig die wesentlichen Vorteile für die Bürger sichtbar machen.

Aufgezogen auf Vorder- und Rückseite von zwei leichten Pappen im Format 70 x 50 cm kann der Redner die Grafiken bei den entsprechenden Textpassagen zur Erläuterung vorzeigen, aufstellen oder auch als Dekoration vor oder hinter dem Rednerpult/Tisch etc. verwenden.

Alle Grafiken entstammen der umseitig vorgestellten Taschenbroschüre „10 Pluspunkte der Steuerreform“. Die Pappen eignen sich auch gut für Pressefotos mit dem Redner.

Bestell-Nr.: 8050

Mindestabnahme: 1 Set (2 Pappen mit Vorder- und Rückseite)

Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM.

Bestellungen über das

**IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# 14 Milliarden mehr im Geldbeutel

**SEIT  
1. JAN. 1988**

## Die Steuersenkung geht weiter

Seit 1. Januar zahlen Arbeitnehmer und Wirtschaft fast 14 Milliarden Mark weniger Steuern. Die 2. Stufe der Steuerreform bringt

- ✗ eine Anhebung des Grundfreibetrages um 216/432 DM (Ledige/Verheiratete);
- ✗ eine Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge, des Haushaltsfreibetrages und sonstiger familienbezogener Freibeträge;
- ✗ verbesserte Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe.

Zusammen mit der ersten Stufe der Steuerreform, die seit 1986 in Kraft getreten ist, haben die Bürger eine Steuerentlastung von insgesamt 24,6 Milliarden DM erhalten, ohne daß hierfür andere Steuern erhöht wurden.

**Wort gehalten:  
Wir senken die Steuern**

## Die Steuersenkungs- partei

# CDU

Die Zukunft

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

# UID

1/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.